

Der Sozialstaat zwischen Eigenverantwortung und Solidarität

Silke Bothfeld, Simone Leiber

„Eigenverantwortung“ wird zunehmend zur Rechtfertigung einer Reform der sozialen Sicherungssysteme angeführt. Die Stärkung der „Eigenverantwortung“ verspricht die Effektivität und Effizienz sozialpolitischer Instrumente zu verbessern. Sie trifft jedoch auch auf große Skepsis. Befürchtet wird, dass damit zugleich die Garantie der Absicherung sozialer Risiken, die damit verbundene Umverteilung von Leistungen und die Einbeziehung leistungsschwächerer Menschen in die Gesellschaft zur Disposition stehen.

In diesem Schwerpunktheft möchten wir, jenseits der polarisierten Debatte über „Eigenverantwortung – ja oder nein?“, die Frage der Nützlichkeit dieses Ansatzes auf eine fundierte theoretische und empirische Basis stellen. Dies war auch Thema des WSI-Herbstforums 2005, dessen Ergebnisse wir hier dokumentieren.

Der Beitrag von Frank Nullmeier setzt sich mit verschiedenen konzeptionellen Vorstellungen von Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität auseinander. Dabei arbeitet er acht Paradoxien der Eigenverantwortung heraus, die Befürwortern des Eigenverantwortungskonzepts dessen inhärente Widersprüchlichkeiten verdeutlichen sollen.

Stephan Lessenichs Essay beschäftigt sich mit der wissenschaftlichen und politischen Neubestimmung von Solidarität unter Berücksichtigung des internationalen Kontexts. Als Gegenbild zum Konzept der Eigenverantwortung sowie der „Wettbewerbsolidarität“ entwirft er das Leitbild des „demokratischen Sozialstaates“, das anstelle einer Solidarität der Leistungsfähigen auf vergleichbare (Mindest-)Einkommensansprüche und Dienstleistungsangebote für alle BürgerInnen setzt.

Judith Aust, Silke Bothfeld und Simone Leiber fragen danach, wie sich Elemente der Eigenbeteiligung in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik niederschlagen. Es zeigt sich, dass sich je nach Politikfeld andere Möglichkeiten und Grenzen der partizipativen Teilhabe der BürgerInnen im Sozialstaat ergeben. Der Vergleich macht ebenfalls deutlich, dass das „positive“ Potenzial der Eigenverantwortung in beiden Politikfeldern nicht ausgeschöpft wurde. Ebenso wie Nullmeier kommen sie zu dem Schluss, dass das Konzept der Eigenverantwortung als künftiges Leitbild in Deutschland voraussichtlich nicht mehr trägt.

Die weiteren Beiträge des Hefts widmen sich Entwicklungen in einzelnen Politikfeldern:

Claus Reis analysiert die Funktionsfähigkeit des Fallmanagements in der Arbeitslosenversicherung. Insbesondere bei Personen mit schweren Vermittlungshemmnissen stellt das neue SGB II hohe Anforderungen an die Vermittlungsdienstleister, da bei dieser Klientel die Gefahr einer Ausgrenzung aus dem Leistungssystem allgegenwärtig ist. Am Beispiel amerikanischer Untersuchungen zeigt Reis geeignete Instrumente zur Inklusion besonders gefährdeter Zielgruppen auf.

Carsten Ullrich untersucht die Akzeptanz des Solidarsystems Arbeitslosenversicherung in Deutschland. Die Einstellungen und Präferenzen der BürgerInnen zur Arbeitslosenversicherung, hängen nach Ullrich weniger von der eigenen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, als von dem allgemeinen Arbeitslosenbild der Befragten ab.

Barbara Riedmüller und Michaela Willert wenden sich dem Thema Altersicherung zu. Ihre Analyse der mit der Riester-Reform neu eingeführten Instrumente der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zeigt, dass diese nicht von allen BürgerInnen gleichermaßen genutzt werden (können). Sicherungsrisiken werden damit ungleichmäßig – vor allem zulasten von Geringverdienern und Menschen mit unsteten Erwerbsverläufen – verteilt.

Heinz Rothgang beleuchtet aktuelle Reformalternativen für die Finanzierung der Pflegeversicherung im Lichte von Eigenverantwortung und Solidarität. Er analysiert Probleme von Reformvorschlägen, die einen prinzipiellen Systemwechsel herbeiführen, und plädiert stattdessen für eine systemerhaltende Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.

Emmerich Tálos und Herbert Obinger widmen sich der Krankenversicherung in Österreich, die Ähnlichkeiten mit dem deutschen System hat, aber z. B. in punkto Beitragssatzstabilität erfolgreicher als die deutsche GKV ist. Die Autoren beleuchten die Stärken, aber auch die Problempunkte und aktuellen Reformpläne im österreichischen „Erfolgsmodell“.

In der Rubrik „Aus Forschung und Praxis“ informiert Thomas Gerlinger schließlich über den Erkenntnisstand der Gesundheitsökonomie zum Steuerungspotenzial einer direkten Kostenbeteiligung von PatientInnen im Gesundheitssystem. Weil wissenschaftliche Studien positive Steuerungseffekte bislang nicht überzeugend nachweisen konnten, warnt er vor den negativen Folgen der direkten Kostenbeteiligung für die soziale Gleichheit von Zugangschancen zur gesundheitlichen Versorgung.

Silke Bothfeld, Dr., Wissenschaftlerin im WSI, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, Frauenerwerbstätigkeit, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung.

e-mail: Silke-Bothfeld@boeckler.de

Simone Leiber, Dr., Wissenschaftlerin im WSI, Arbeitsschwerpunkte: Europäische und international vergleichende Sozialpolitik.

e-mail: Simone-Leiber@boeckler.de